

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum
am 16.03.2023

Tagungsort: Feuerwehrgerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr
 Quellenhofweg 36

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 19:25 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Heinz Faust

Herr Achim Weigert

Herr Detlef Werner

Fraktionsvorsitzender

SPD

Frau Elke Gerdes

Herr Ole Heimbeck

Fraktionsvorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Dirk Althoff

Herr Peter Brunnert

Herr Daniel Dewenter

Fraktionsvorsitzender

abwesend ab 19:07 Uhr, wäh-
rend TOP 15 bis TOP 21

Frau Elke Herting

Herr Harald Klein

Frau Kerstin Metten-Raterink

Frau Hannelore Pfaff

Frau Karin Weber-Brehm

Stell. Bezirksbürgermeisterin

Bezirksbürgermeisterin

FDP

Herr Gebhard Spilker

Parteilose Mitglieder

Herr Carsten Strauch

Verwaltung

Frau Elma Bonenkamp, Bezirksamt Brackwede

Frau Michèle Pohle, Schriftführung, Bezirksamt Brackwede

Abwesend:

CDU

Herr Detlef Werner

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Pfaff begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung zur 21. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Sie entschuldigt Frau Kimpel, die an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen könne.

Frau Pfaff merkt an, sobald der Berichterstatter anwesend sei, werde der Punkt vorgezogen.

Frau Pfaff stellt fest, dass es zur Tagesordnung keine Anmerkungen oder Änderungswünsche im öffentlichen Teil gäbe.

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Gadderbaum

Es werden keine Fragen von Einwohner*innen gestellt.

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 20.Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 09.02.2023

Frau Pfaff bittet um die Genehmigung der Niederschrift.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum fasst folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 20. Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum am 09.02.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Mitteilungen der Bezirksbürgermeisterin

Kletterwand im Freibad

Frau Pfaff teilt mit, dass die Kletterwand im Freibad installiert worden sei und morgen vom TÜV abgenommen werde.

Schützenverein

Frau Pfaff teilt mit, dass Herr Schneider der Nachfolger des Herrn Hüttner sei und sie ihn kontaktiert habe. Sobald er sich bei ihr melde und kein Desinteresse zeige, werde sie ein Gespräch mit ihm führen.

Bethel Athletics

Frau Pfaff teilt mit, dass die Bethel Athletics am 03.06.2023 von 10.00 bis

17.00 Uhr stattfinden.

Mitteilung der Verwaltung

Klimaanpassungskonzept

Frau Bonenkamp verliest die Mitteilung des Umweltamtes:

Die Informationsvorlage zum Klimaanpassungskonzept der Stadt Bielefeld werden wir zu einem späteren Zeitpunkt in die Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum bringen. Es wird voraussichtlich April/Mai 2023 werden.

Frau Bonenkamp verweist auf die bereits versandte

Mitteilung des Umweltamtes:

Amphibienschutzmaßnahmen 2023 im Stadtbezirk Gadderbaum

Im Stadtbezirk Gadderbaum werden im Frühjahr 2023 wieder an 3 Straßenbereichen Maßnahmen zum Schutz von Amphibien auf ihrem Weg zu den Laichgewässern durchgeführt.

Übersicht:

Nächtliche Straßensperre von 19.00 bis 6.30 Uhr:

Quellenhofweg

Hinweisbeschilderung mit aktivierter Blinkleuchte:

Remterweg

Erstmalig 2023:

Hinweisbeschilderung mit aktivierter Blinkleuchte:

Langenhagen/Botanischer Garten

Spätestens mit steigenden Temperaturen ist in niederschlagsreichen Nächten mit dem Beginn der Amphibienwanderung zu rechnen. Das Umweltamt übernimmt die Koordination der Maßnahmen.

Der Quellenhofweg wird wieder nachts gesperrt. Die Sperrung ist auf die Dauer von ca. 5 Wochen begrenzt und wird voraussichtlich Anfang/Mitte März beginnen. Die Nachtsperre wird in enger Abstimmung mit dem Umweltbetrieb mit Wanderbeginn eingerichtet. Die Sperrung wird durch eine beauftragte Firma getätigt. Alle Grundstücke sind ohne ein Öffnen der Sperren zu erreichen. Die Rettungsdienste haben die geeigneten Schlüssel, um die Abspernung im Notfall zu öffnen. Die Busse der Linie 121 können die Strecke passieren.

Schwerpunkte des Schutzes sind die Sicherung der Hinwanderung der Frösche, Kröten, Molche und Salamander zu ihren Laichgewässern und der sich anschließenden Rückwanderung in ihre Sommerlebensräume.

Die Bürger und Bürgerinnen werden um Verständnis für die Artenschutzmaßnahmen gebeten.

Start der Mobilen Sprechstunde des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD)

Frau Bonenkamp verweist auf die bereits versandte Mitteilung des Ordnungsamtes.

Die Mobile Sprechstunde werde im Oktober in Gadderbaum auf dem Bethelplatz stattfinden.

Herr Brunnert merkt an, dass so ein Angebot die Hemmschwelle reduziere, allerdings vermisse er den Hinweis, dass das Ordnungsamt bei einem konkreten Anlass jederzeit unter 513030 erreichbar sei.

Herr Klein fragt, ob das Ordnungsamt im Oktober einen Tag oder durch-

gehend dort erreichbar sei und ob die Wünsche anderer Bezirksvertretungen berücksichtigt worden seien und sie andere Vorschläge unterbreitet hätten? Er teilt mit, dass er den Platz in Gadderbaum merkwürdig finde.

Herr Brunnert schlägt vor, die Sprechstunde am Kreisverkehr stattfinden zu lassen. Dort seien viele Menschen.

Herr Strauch ist der Ansicht, dass eine Werbung über die Zeitung nicht ausreiche, da nicht mehr viele Personen Zeitung lesen würden. Möglicherweise werde die Aktion noch über das Internet beworben. Er argumentiert, dass an dem vorgeschlagenen Platz der Publikumsverkehr weniger sei.

Frau Pfaff findet den Platz ebenfalls nicht ideal und bittet ihn daher zur Straße An der Tonkuhle zu verlegen.

Sodann nimmt die Bezirksvertretung Gadderbaum Kenntnis.

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Aufgabe der neu eingestellten Leerstandsmanagerin/ Zusammenarbeit im Bezirk Gadderbaum Anfrage des Einzelvertreters "Die Linke"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5652/2020-2025

Frau Pfaff bittet unter Verweis auf die Vorlage und der bereits versandten Antwort des Bauamtes um Kenntnisnahme.

Wie kann die neu eingestellte Leerstandsmanagerin die Bezirksvertretungen bei der Entwicklung von langfristig nicht genutzten Grundstücken/Häusern im Stadtbezirk unterstützen?

Zusatzfragen:

*1.) Wie soll der Austausch mit den Bezirken bzw. mit den Bürger*innen (Identifikation von Leerstand) organisiert werden?*

2.) Was kann eine Leerstandsmanagerin bei privaten Grundstücksbesitzern überhaupt erreichen?

Begründung:

Auch im Stadtbezirk Gadderbaum stehen vereinzelt Grundstücke/Häuser seit Jahren leer.

Der nicht genutzte Wohnraum/Grundstück wird dringend für eine neue Nutzung benötigt.

Antwort des Bauamtes:

Im Rahmen des Leerstandsmanagement sowie der Baulücken- und Brachflächenaktivierung soll ein gesamtstädtisches Kataster erstellt werden.

Derzeit wird das Baulückenkataster fortgeschrieben, wozu auf interne

Kartengrundlagen zurückgegriffen wird. Es wurden bereits im gesamten Stadtgebiet Baulücken kartiert und über ein Geoinformationssystem eingepflegt, die nun insbesondere hinsichtlich des Planungsrechtes überprüft und mit Fachinformationen verschnitten werden.

Informationen aus anderen Quellen auf weitere Baulücken werden mit dem Baulückenkataster der Stadt Bielefeld abgeglichen, geprüft und ggf. darin aufgenommen.

Es ist vorgesehen auch die Leerstände und Brachflächen im Stadtgebiet in ein Kataster zu übertragen, dabei soll ähnlich vorgegangen werden, wie auch schon bei der Erfassung der Baulücken.

Die überwiegende Zahl der Baulücken, Leerstände oder Brachflächen befindet sich in Privatbesitz. Die Entscheidung zur Nutzung bzw. Entwicklung dieser Flächen liegt somit bei den jeweiligen Eigentümern. In Beratungsgesprächen mit dem Bauamt sollen den Eigentümern die verschiedenen Möglichkeiten zur Nutzung bzw. Entwicklung Ihrer Flächen aufgezeigt werden.

Für Flächen, auf denen eine Bebauung derzeit aus planungsrechtlichen Gründen nicht zulässig ist, soll geprüft werden, ob die Anpassung bzw. Aufstellung eines Bebauungsplanes aus städtebaulichen Gründen, vorbehaltlich der Einbindung der Bezirksvertretung, sinnvoll ist. Alternativ kann im Einzelfall geprüft werden, ob bei bestehendem Planungsrecht die Möglichkeit zur Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes besteht, insbesondere im Hinblick auf die erweiterten Befreiungsmöglichkeiten gem. § 31 Abs. 3 BauGB zur Schaffung von Wohnraum.

Herr Strauch bedankt sich für die Antwort und merkt an, dass er erwartet habe, dass die Mitglieder der Bezirksvertretung Gadderbaum nach Grundstücken mit langen Leerständen gefragt worden wären. Das sei seine Erwartungshaltung gewesen.

Frau Herting erwidert, dass das gemacht worden sei.

Herr Heimbeck verweist auf die Lücken im Privateigentum und fragt, ob es insofern Beratungsgespräche gäbe und proaktiv auf die Personen zugegangen werde?

Frau Herting wiederholt, dass man die Leerstände schon einmal weitergegeben habe und man auf die Personen zugehe.

Herr Klein teilt mit, dass es ein Leerstandskataster von pro grün e.V. gäbe. Dort würden die Leerstände gesammelt und weitergegeben.

Frau Pfaff führt aus, dass man pro grün e.V. darum bitten solle, die Informationen zu bekommen.

Herr Brunnert merkt an, dass es eine Internetseite gebe. Er wünsche sich aber einen direkten Ansprechpartner.

Herr Strauch weist darauf hin, dass es sich bei pro grün e.V. nicht um eine kommunale Behörde für den Stadtteil handle. Er bekräftigt den Wunsch des Herrn Brunnert.

Frau Pfaff ist der Ansicht, dass überall Telefonnummern fehlen würden.

Sodann nimmt die Bezirksvertretung Gadderbaum Kenntnis.

Zu Punkt 5

Unerledigte Punkte vorangegangener Tagesordnungen

Zu Punkt 5.1

Ausstehende Rückmeldungen auf Anfragen, Anträge und Beschlüsse

Anfrage der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen"

TOP 4.1, Sitzung vom 19.01.2023, TOP 5.3, Sitzung vom 09.02.2023

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5355/2020-2025

Frau Pfaff bittet unter Verweis auf die Vorlage und die vorliegende Antwort des Amtes für Verkehr um Kenntnisnahme, wobei sie mitteilt, dass eine Antwort der Verwaltung zu 4. immer noch nicht vorliege und der TOP daher erneut vertagt werden müsse.

Protokollauszug TOP 4.1 aus der Sitzung vom 19.01.2023 und TOP 5.3 aus der Sitzung vom 09.02.2023:

Frau Pfaff bittet unter Verweis auf die Vorlage und die vorliegenden Antworten der Verwaltung um Kenntnisnahme.

Wie ist der Sachstand zu den nachstehenden Beschlüssen der Bezirksvertretung Gadderbaum mit Bitte um kurze Berichte in der kommenden Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum:

1. *Einrichtung Fahrradstraße „Haller Weg“ (Top 6.1. am 25.03.2021)*
2. *Verkehrsschilder mit Reflektoren versehen (Top 6.2 am 17.02.2022)*
3. *Denkmalschutz Haus Remter (Top 6.3 am 17.02.2022) und Prüfung des Denkmalschutzes des sog. Vogeldorfes und des Hauses Remter (Top 4.1 am 29.09.2022)*
4. *Beleuchtung auf dem Fußweg zwischen Hegede und Ellerbrocks Feld (Top 6.1. am 17.03.2022)*
5. *Verkehrsregelungen/Geschwindigkeit im Johannistal und an der Dornberger Straße (Top 6.2. am 17.03.2022)*
6. *Fahrradbügel für das Bauernhausmuseum (Top 6.1. am 02.06.2022)?*

Zu den Anfragen zu 1. und 4. liegen keine Antworten der Verwaltung vor.

Antworten des Amtes für Verkehr zu 2.+5.:

2. Verkehrsschilder mit Reflektoren versehen:

Die Reflektoren wurden durch den Bauhof am 20.09.2022 angebracht.

5. Verkehrsregelungen/Geschwindigkeiten im Johannistal und an der Dornberger Straße:

Vorgang ist in Bearbeitung, Abstimmungen mit Straßen.NRW und der Polizei sind erforderlich, daher dauert das Verfahren noch an.

Antwort des Bauamtes zu 3.:

Die vorangegangenen Fragen wurden bereits zu der Sitzung vom

29.09.2022 beantwortet. Bzgl. der Rückfrage von Herrn Brunnert teilt das Bauamt Folgendes mit:

In der Vergangenheit wurden vereinzelt auch nur Teile von Gebäuden (wie z.B. die Wappentafel am Lutherstift, Kreuzstraße 21) in die Denkmalliste eingetragen. Dies entspricht aber nicht mehr der aktuellen Rechtsprechung, Gebäude werden seit längerer Zeit regelmäßig, sofern sie denn einen ausreichenden Denkmalwert aufweisen können, nur noch in Gänze eingetragen. Die Eintragung von einzelnen Teilen vermag diese selbst zwar zu schützen, der Schutzzumfang dehnt sich dann allerdings nicht auf den Rest des Gebäudes aus. Abbrüche lassen sich auf diesem Weg praktisch kaum verhindern.

Antwort des Immobilienservicebetriebes zu 6.:

Der für die Fahrradbügel angefragte Bereich liegt im NSG- und FFH-Gebiet „Östlicher Teutoburger Wald“. Für die Aufstellung von Bügeln zum Abstellen von Fahrrädern bedarf es einer naturschutz- und landschaftsrechtlichen Befreiung von den Verboten des Naturschutzgebietes, der Naturschutzbeirat (§ 70 LNatSchG) ist zu beteiligen. Im Rahmen der Beteiligungsfälle des Naturschutzbeirats wurde die Aufstellung von Fahrradbügeln westlich des Bauernhausmuseums im NSG- und FFH-Gebiet „Östlicher Teutoburger Wald“ (Standort 6) durch die Vorsitzende abgelehnt, da die vorgesehene Fläche eine sehr hohe Schutzwürdigkeit aufweist (FFH- Gebiet und NSG) und es Alternativstandorte auf bereits befestigten Flächen gibt. Die Verwaltung stimmt derzeit mit der Leitung des Bauernhausmuseums mögliche Standorte auf dem Gelände des BHM (u. a. Mitarbeiterparkplatz) ab.

Herr Brunnert äußert sich verwundert über die Schwierigkeit geeignete zusätzliche Abstellplätze für Fahrräder Nähe des Einganges bei den bereits vorhandenen zu finden.

Hierbei handele es sich um einen schmalen Streifen entlang des Zaunes. Der Mitarbeiterparkplatz läge an der anderen Seite und sei daher nicht geeignet.

Die Beiratsvorsitzende solle eingeladen werden und dies erläutern.

Herr Heimbeck schlägt vor, einen der vorhandenen Parkplätze zum Abstellplatz für Räder um zu widmen.

Frau Pfaff spricht sich dagegen aus und hält ebenfalls den vorhandenen Streifen für eine gute Alternative.

Herr Werner stimmt Herrn Brunnert bei der Streifenlösung zu.

Herr Spilker schließt sich dem ebenfalls an und spricht sich auch für die Einladung der Vorsitzenden aus.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

Antwort des Amtes für Verkehr zu 1.:

Die Prüfung zur Einrichtung einer Fahrradstraße im Bereich Haller Weg zwischen Artur-Ladebeck-Straße und Am Lauksberg erfordert eine Ermittlung der Unfallzahlen, der angeordneten und tatsächlichen Geschwindigkeiten, Verkehrserhebungen zum Anliegerverkehr, Durchfahrverkehr, LKW-Anteil, Anteil Radverkehr sowie eine Beteiligung von Mobil und der Feuerwehr. Dieses Verfahren wird einige Zeit in Anspruch

nehmen. Sobald die Daten vorliegen, wird sich die Verwaltung hierzu wieder melden.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 6 Anträge

Zu Punkt 6.1 Antrag auf Erstellung einer Rampe für zu Fuß Gehende und Rad Fahrende Antrag der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5744/2020-2025

Frau Pfaff bittet unter Verweis auf die Vorlage um Beschlussfassung.

Beschlussvorschlag:

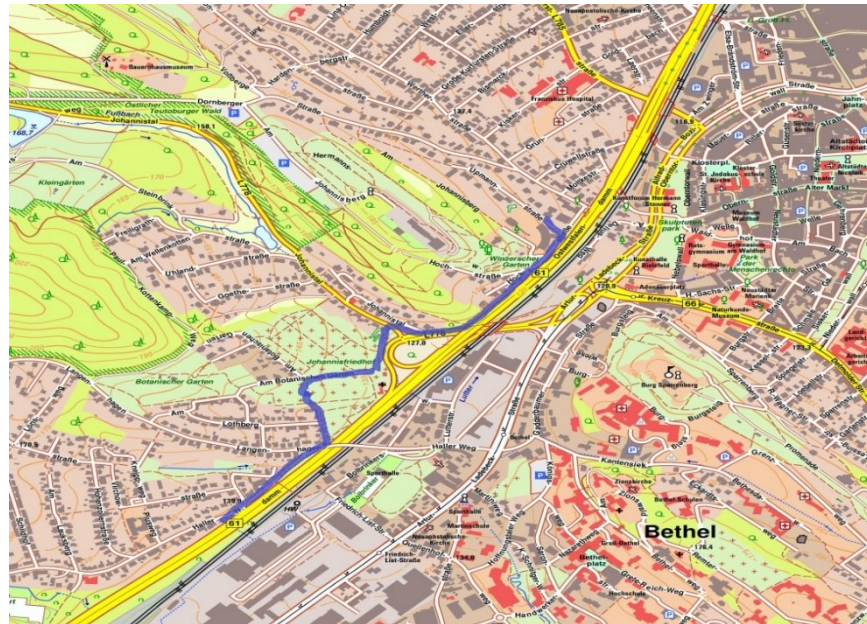
Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung zu prüfen, ob am südlichen Ausgang des Johannisfriedhofs, die Treppe, die gegenüber dem Flurstück 839 zur Straße Am Lothberg führt, welcher von dort aus entlang der Mauer des Jüdischen Friedhofs zum Haller Weg geht, durch eine Rampe ersetzt werden kann.

Begründung:

Wie auf Abbildung 1 (blaue Linie) zu sehen ist, ist die Treppe (Pfeil) Teil einer häufig genutzten Fahrradverbindung zwischen Weststadt, Johannistal zum Haller Weg Richtung Quelle. Räder werden hier häufig heruntergetragen bzw. auf einer schmalen Rampe hinaufgeschoben.

Der Umweg vom Friedhof über die Straßen Am Botanischen Garten, Am Kahlenberg, Am Lothberg und am Langenhagen beträgt etwa 550 m, ist also 300m länger als der direkte Weg zum Haller Weg.

Für Personen mit Kinderwagen oder Rollstuhl ist dieser Umweg wegen der z.T. fehlenden oder zu schmalen Gehweg nicht angemessen.



Die Treppe (rot) hat eine Höhe von etwa 2,00 m, die in Abb.2 eingezeichnete schwarze Linie eine Länge von etwa 18 m.

Abbildung 2



Hier ließe sich an dem bewachsenen Hang eine Rampe anlegen, die für Rad oder Rollstuhl Fahrende und für die Benutzung mit Kinderwagen breit genug und nicht zu steil wäre.

Die beiden Fotos zeigen den Zugang zur Treppe von oben und den Blick von unten auf den Hang, an dem die Rampe entlanggeführt werden könnte.



Herr Klein erklärt anhand der Abbildungen den Antrag. Bei der ersten

Abbildung sei ein Umweg von 400 m erforderlich. Bei der zweiten Abbildung zeigt er den gewünschten Standort der Rampe links von der Treppe.

Herr Faust kritisiert, dass das Radfahren auf dem Friedhof laut Friedhofsatzung verboten sei und erklärt, wo der offizielle Weg verlaufe.

Herr Heimbeck ist ebenfalls der Ansicht, dass die Fahrradfahrer nicht angenehm für die Personen in Trauer seien. Weitere Argumente gegen die Rampe seien der Aufwand und die Kostenintensität. 10 % würden nur für sportliche Fahrradfahrer ausreichen, für normale Fahrradfahrer müssten es hingegen 6 % sein, demnach müsse die Rampe noch länger werden. Abkürzungen seien grundsätzlich gut, hier sei es aber unverhältnismäßig. Er stimme Herrn Faust zu, das sei das stärkste Argument.

Frau Pfaff teilt mit, dass die Rampe auch für Personen mit Kinderwagen und Rollatoren sein solle.

Herr Strauch unterstützt die Aussage bzgl. des Kinderwagens und führt aus, dass man dann auch vernünftig ein Fahrrad hochschieben könne. Zudem weist er auf ein Schild hin, dass verwirrend sei, wenn es sich um keinen Hauptfahrradweg handele. Die Rampe müsse abgeflacht, verbreitert und nach vorne gezogen werden. Sie sei dann für Rollstuhlfahrer immer noch nicht behindertengerecht. Er werde dem Antrag folgen.

Herr Spilker merkt an, dass es sich um einen ergebnisoffenen Prüfauftrag handele, dem er zustimmen werde. Die Feuerwehr müsse nur ohne Probleme durch die Kurve fahren können. Er sei von einem ausgewiesenen Weg ausgegangen. Er erschrecke sich abends öfters vor den zu knapp überholenden und schnellfahrenden E-Bikes. Bei Ansprache würden die E-Bike-Fahrer noch nicht einmal reagieren.

Frau Weber-Brehm wiederholt, dass es um Menschen mit Rollatoren und Kinderwagen gehe. Ein Kinderwagen könne nicht die Treppe hochgetragen werden.

Frau Metten-Raterink teilt mit, dass es eine einseitige schmale Rampe bereits gäbe, diese sei für Fahrräder konzipiert. Man müsse zukünftig einen barrierefreien Zugang nutzen können. Sie könne die Argumentation des Herrn Faust nachvollziehen, aber nicht verstehen, da es nicht das Ansinnen des Antrags sei, dass Fahrradfahrer die Rampe zum Herunterrasen nutzen, wobei es immer Ausnahmen geben werde.

Herr Heimbeck betont, dass es eine Möglichkeit für Kinderwagen gäbe. Er sehe eine andere Intention in dem Antrag, nämlich die Ermöglichung des zügigen Fahrradfahrens, aber die Verwaltung werde das Richtige herausuchen.

Frau Weber-Brehm verweist auf die steile Treppe, es bringe nichts, die Rampe breiter zu machen, dadurch komme man immer noch nicht mit einem Kinderwagen dort hoch.

Sodann fasst die Bezirksvertretung Gadderbaum folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum bittet die Verwaltung zu prüfen, ob am südlichen Ausgang des Johannisfriedhofs, die Treppe, die gegenüber dem Flurstück 839 zur Straße Am Lothberg führt, welcher von dort aus entlang der Mauer des Jüdischen Friedhofs zum Haller Weg geht, durch eine Rampe ersetzt werden kann.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 7

Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2030 **hier: Darstellung des Umsetzungskonzeptes zur Realisierung** **der Mobilitätsstationen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5458/2020-2025

Frau Pfaff bittet um Kenntnisnahme unter Verweis auf die Vorlage.

Herr Brunnert merkt an, dass es Mobilitätsstationen von XL bis S gäbe. Er fragt, ob es möglich sei, zusätzliche Stellen vorzuschlagen, denn die Leihfahrräder seien nicht an den ÖPNV angedockt und es gäbe demnächst mehr Medizinstudenten. Diese Siggis-Haltepunkte könnten dann XS genannt werden, um im Schema zu bleiben.

Herr Strauch erwidert, dass es sich um zwei verschiedene Themen handle. Zum einen die Mobilitätsstationen und zum anderen die Stationen für Leihfahrräder. Letztere würden in Gadderbaum fehlen, da eine Siggis-Abgabe nur am Bethelack möglich sei. Insofern müsse ein Antrag gestellt werden.

Herr Heimbeck weist auf Seite 19 hin, dort müsse es Gadderbaum und nicht Bethel heißen. Er teilt mit, dass es mehr Orte für Carsharing geben müsse. Das Konzept sei zu sehr auf die Hotspots fokussiert. Es müsse andere Standorte mit einer Verbindung zu Bushaltestellen geben.

Herr Spilker fragt, ob es noch eine Vorstellung der Anordnung der Plätze gäbe oder ob diese Standorte einfach kommen würden, ohne dass die Bezirksvertretung Gadderbaum mitreden könne, obwohl die Mitglieder die Ortskenntnis hätten.

Frau Pfaff führt aus, dass in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Gadderbaum ein Antrag bzgl. weiterer Standorte gestellt werde. Am Bethelack fahre auch die Straßenbahn. Abschließend teilt sie mit, dass die Mitglieder der Bezirksvertretung Gadderbaum vor der Umsetzung eine Vorstellung erhalten möchten.

Sodann nimmt die Bezirksvertretung Gadderbaum Kenntnis.

Zu Punkt 8

10 + 1 Bäume für die Opfer rassistischen Terrors,

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5584/2020-2025

Mitteilung des Dezernates für Soziales und Integration:

Der IR hat in seiner Sitzung vom 22. Februar 2023 den Beschlussvorschlag um folgende Empfehlung ergänzt: „Der Integrationsrat empfiehlt dem Rat darüber hinaus den Ausbaustandard B mit Stelen und Sitzbänken zu beschließen. Zur Finanzierung soll ein Budget von 83.000 Euro aus den Restmitteln des Integrationsbudgets zur Verfügung gestellt werden.“ und mit dieser Ergänzung beschlossen.

Die Verwaltung wird eine Finanzierung aus dem Integrationsbudget prüfen. Die Verwaltung empfiehlt den Bezirksvertretungen, den gewählten Standort zu beschließen und gleichzeitig auch zu entscheiden, welche Ausführung an diesem Standort gewünscht wird (Grundausführung, Ausbaustufe A mit erklärender Tafel, Ausbaustufe B mit Sitzgelegenheit). Die Verwaltung wird dann diese Beschlüsse zusammenfassen und dem Rat zur Entscheidung vorlegen.

Frau Pfaff bittet unter Verweis auf die Vorlage um Beschlussfassung und merkt an, dass sie den Standort gut finde.

Herr Brunnert teilt mit, dass die Opfer namentlich benannt würden. Auf dem Kesselbrink würden diese ebenfalls dokumentiert. Das Wichtigste sei, dass sie nicht in Vergessenheit geraten würden. Er finde die Tafel und den Standort gut, dort könne in Ruhe gelesen werden. Ebenso befürworte er die Sitzgelegenheit. Die Ausbaustufe B mit der Runbank sei eine schöne Sache, da keine Bank vorhanden sei.

Herr Heimbeck weist auf die Aussage des Herrn Müller bzgl. des Standortes hin, der an der Straße oder innen liegen solle. An der Straße sei es näher. Im IR habe der UWB darauf hingewiesen, dass der Standort möglichst nicht verändert werden solle. Das sei ein Aufwand, da die Prozesse lange dauern würden. Eine zusätzliche Bank und die Information finde er gut.

Herr Spilker findet die Idee in Ordnung und führt aus, dass man sich dort nicht hinsetzen werde, da sich die Sitzgelegenheit auf einer Wiese befände. Das Holz leide bei Regen und wenn nicht gemäht werde, würden Pfützen entstehen und die Wiese auf dem Weg zur Bank niedergetreten. Er sei daher für die Ausbaustufe A. Die Ausbaustufe B sei aufwendig und auf einer Feuchtwiese nicht empfehlenswert. Die Trampelpfade würden unattraktiv und unästhetisch aussehen, zumal durch die Bank Zigarettenkippen herumliegen würden.

Frau Pfaff teilt mit, dass das Projekt ohne Sitzgelegenheit schwer vorstellbar sei und nicht einladend sei. Dem Anlass tue es gut, wenn man sich setzen könne. Eine Bank an der Straße sei nicht gut. Die Nähe zum Spielplatz sei gut und die Kinder würden auch auf dem Rasen laufen. Es befürworte die runde und nicht die gerade Version.

Frau Weber-Brehm merkt an, dass ein Gedenkbaum ohne Stele und ohne Sitzgelegenheit nicht erkennbar sei. Man müsse dort an die Menschen

denken können. An einem Trampelpfad erkenne man, dass der Baum angenommen werde und das würde sie beglücken. Über den Dreck müsse man sich nicht unterhalten und dass es hässlich aussehen könne, dann müsse man alles ablehnen.

Herr Faust befürwortet Materialien, die nicht vergänglich seien, z. B. aus Stein. Man könne sich ein Sitzkissen mitnehmen.

Herr Weigert erwidert, dass Bänke aus Holz überall stehen würden. Er sei auch für die Variante.

Herr Faust teilt mit, dass auf dem Friedhof Bänke aus Metall stehen würden.

Frau Pfaff entgegnet, dass im Freibad überall Bänke aus Holz stehen würden und diese über viele Jahre schon sehr haltbar seien.

Herr Brunnert bestätigt die Aussage der Frau Weber-Brehm.

Herr Spilker ist sich bewusst, dass auch bei der Ausbaustufe A ein Trampelpfad entstehe. Allerdings würde direkt an der Bank der Lehm sichtbar und es sei nach dem Regen alles nass, aber das sei seine subjektive Einschätzung. Es sollten die Personen nicht sitzend auf der Wiese platziert werden. Sie sollten aber neugierig gemacht werden.

Frau Pfaff lässt über die Ausbaustufe B mit Mülleimer und integriertem Aschenbecher abstimmen.

Sodann fasst die Bezirksvertretung Gadderbaum folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum empfiehlt die Umsetzung des Projektes „10+1 Bäume für die Opfer rassistischen Terrors“ entsprechend der dargelegten Ausgestaltung.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 9

Einrichtung der interfraktionellen projektbezogenen Arbeitsgruppe :Priorisierung der Vorhaben der Bezirksbürgermeisterin

Frau Pfaff möchte die der Presse genannten Vorhaben zusammen mit den Bezirksvertretungsmitgliedern besprechen und priorisieren in einer interfraktionellen projektbezogenen Arbeitsgruppe „Priorisierung der Vorhaben der Bezirksbürgermeisterin“ gemäß § 21 (1) Geschäftsordnung des Rates.

Die Bezirksvertretung Gadderbaum fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum beschließt gemäß § 21 (1) Geschäftsordnung des Rates die Einrichtung der interfraktionellen projektbezogenen Arbeitsgruppe „Priorisierung der Vorhaben der Be-

zirksbürgermeisterin“ von einer Dauer bis Ende der Legislaturperiode. Mitglieder werden sein: Frau Pfaff, Frau Metten-Raterink, Herr Brunnert (Stellv. Herr Klein), Herr Weigert (Stellv. Herr Faust), Herr Heimbeck (Stellv. Frau Gerdes), Herr Spilker, Herr Strauch.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10 Bezirkliche Sondermittel

Zu Punkt 10.1 Antrag auf bezirkliche Sondermittel für einen Bücherschrank

Frau Pfaff ruft den Tagesordnungspunkt auf und bittet um Beschlussfassung.

Herr Klein teilt bzgl. des Antrages von Frau Stenzel mit, dass der Bauverein am Schildhof sein Einverständnis schriftlich bestätigt habe, versicherungsmäßig und brandschutztechnisch alles geklärt sei, den Umbau hinsichtlich des Sockels und der Befestigung an der Wand ein Handwerker aus Bethel übernehme und die Pflege des alten, aus Bethel stammenden Bücherschranks von den Anwohnern übernommen werde.

Herr Heimbeck merkt an, dass er daran erinnern möchte, dass früher nur Teilbeträge genehmigt worden seien und es insofern ums Prinzip gehe, auch wenn der Betrag gering sei.

Herr Brunnert weist daraufhin, dass es um einen Betrag unter 300 € gehe und der Preis für einen Bücherschrank grundsätzlich weitaus höher sei. Zumal sehr viel ehrenamtliche Arbeit geleistet werde.

Herr Faust fragt nach Folgekosten.

Frau Pfaff erwidert, dass es diese nicht gäbe.

Frau Metten-Raterink erinnert daran, dass bezirkliche Sondermittel nur gewährt werden sollten, wenn sie Nachhaltigkeit symbolisieren würden. Eigentlich müssten die Trikots auch bio und fairtrade sein, was sie auch nicht seien. Es handele sich um ein ausrangiertes Objekt, die Bücher würden gespendet, nachhaltiger könne es nicht sein.

Sodann fasst die Bezirksvertretung Gadderbaum folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Gadderbaum gewährt in 2023 bezirkliche Sondermittel in Höhe von 267,75 € für die Aufstellung eines Bücherschranks auf dem Grundstück Langenhagen 38/Ecke Am Lothberg.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 11 Bezirkliche Kulturmittel

Zu Punkt 11.1 Aufhebung des Beschlusses zur Musik auf dem Saronplatz vom 09.02.2023

Frau Pfaff ruft den Tagesordnungspunkt auf und teilt mit, dass die „Neue Schmiede“ mitgeteilt habe, dass die Veranstaltung in diesem Jahr nicht stattfinden werde. Zukünftig solle es die Veranstaltung im Zweijahresrhythmus geben. Dies sei erst herausgekommen, als sie die Musik für die Veranstaltung aussuchen wollte. Man habe die Bezirksvertretung Gadderbaum als Mitveranstalter vergessen zu informieren, dass die Veranstaltung abgesetzt worden sei. Dies sei befremdlich. Sie habe Herrn Pohl einen Brief geschickt, aber keine Rückmeldung erhalten.

Herr Spilker fragt, ob es eine Begründung gegeben habe.

Dies verneint Frau Pfaff und merkt an, dass es ihnen wohl zu viel sei.

Sodann fasst die Bezirksvertretung Gadderbaum folgenden

Beschluss:

Der Beschluss der Bezirksvertretung Gadderbaum vom 09.02.2023 für die Veranstaltung „Musik auf dem Saronplatz“ 1.000 Euro zu gewähren, wird aufgehoben.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 12 Rettungsdienstschule im Studieninstitut Westfalen-Lippe/ Fachbereich Medizin und Rettungswesen Vorstellung

Frau Pfaff begrüßt Herrn Latka.

Herr Latka stellt sich und den Fachbereich Medizin und Rettungswesen kurz anhand einer PowerPoint Präsentation vor, die als Anlage der Niederschrift beigefügt ist und spricht den Mitgliedern der Bezirksvertretung eine Einladung für eine der nächsten Sitzung in sein Institut aus.

Herr Weigert bedankt sich.

Herr Dewenter findet das Bauprojekt wirklich gut und fragt, wer das zahle?

Herr Latka erwidert, dass das Studieninstitut umlagefinanziert sei. Aber das Gebäude werde aus eigenen liquiden Mitteln finanziert, da sich der Fachbereich selbst tragen müsse.

Frau Metten-Raterink bedankt sich ebenfalls und merkt an, dass sie das Vorhaben sehr beeindruckend finde. Sie fragt, wo der Standort des Parkhauses sei?

Herr Latka führt aus, dass dieses direkt am Studentenweg erbaut werde,

die andere Fläche gehöre der v. Bodelschwingschen Stiftungen Bethel. Die Reserveparkplätze seien ein Kompromiss mit Bethel gewesen.

Herr Althoff fragt, ob generell fremdvermietet werde und welche Berufe ausgebildet würden, insbesondere hinsichtlich Beamte und Angestellte.

Herr Latka erwidert, dass Träger anfragen und ihnen Räume zur Verfügung gestellt werden könnten, allerdings sei die Vermietung nicht das Hauptgeschäft. Zudem führt er aus, dass alles nichtärztliche Personal ausgebildet werde. Ärztinnen und Ärzte würden über die Ärztekammer fortgebildet.

Herr Heimbeck versichert sich, ob es sich um ein energieautarkes Gebäude handle und fragt, wie mit der Situation umgegangen werde, dass Rettungskräfte von Passanten angegangen würden.

Herr Latka bestätigt die Aussage zum Gebäude und erklärt, dass es in NRW keine Gewalt gegen Rettungskräfte gäbe. Es gäbe einen Meldeerlass auch bei verbalen Angriffen. In der Silvesternacht habe es in NRW wenige Meldungen gegeben.

Auch Frau Herting bedankt sich und fragt, wie viele Personen sich dort täglich befinden würden und merkt an, dass im Remterweg Tempo 30 gefahren werden müsse, was sehr oft nicht der Fall sei.

Herr Latka teilt mit, dass am Tag 200 Personen erscheinen werden würden. Es werde auf die Verkehrswarnsituation hingewiesen. Zudem würden Messungen in Bethel durchgeführt. Die Kollegen würden nicht schneller, als erlaubt fahren. Es seien höchstens Einzelne, aber das dürfe nicht pauschaliert werden, denn es werde eine Dienststelle repräsentiert.

Frau Pfaff fragt, wie viele Klassen es gäbe bzw. wie viele Seminarräume belegt seien?

Herr Latka erwidert, dass es weder Klassen noch einen Stundenplan gäbe. Es finde ein lernfeldorientierter Unterricht und kein allgemeinbildender statt. Der Unterricht sei handlungsorientiert.

Frau Metten-Raterink fragt, was mit dem Mähdrescher und dem Flugzeug gemacht werde?

Herr Latka erklärt, dass diese Objekte für Simulationen seien. Es finde eine dynamische Patientensimulation statt.

Herr Dewenter fragt, ob man sich diese anschauen könne?

Herr Latka merkt an, dass die nächste Simulation am 13.05.2023 auf dem Polizeigelände in Schloß Holte-Stukenbrock durchgeführt werde.

Frau Pfaff erkundigt sich nach dem Begriff „Rettinare“.

Herr Latka erläutert, dass der Begriff „Webinare“ ein rechtlich geschützter Markenbegriff sei, daher eine Umbenennung habe vollzogen werden müssen und der Begriff „Rettinare“ entstanden sei.

Er spricht den Mitgliedern der Bezirksvertretung eine Einladung für eine

der nächsten Sitzung in sein Institut aus.

Frau Pfaff bedankt sich im Namen der Bezirksvertretung Gadderbaum für die ausführliche Berichterstattung.

Sodann nimmt die Bezirksvertretung Gadderbaum Kenntnis.

**Zu Punkt 13 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der
Verwaltung zum Sachstand**

Es liegen keine Sachstandsberichte vor.

Hannelore Pfaff
Bezirksbürgermeisterin

Michèle Saskia Pohle
Schriftführerin